

Universität Zürich  
Politikwissenschaftliches Seminar

Europäische Integration in Theorie und Praxis  
Teil I: Europäische Union – Aufbau und  
Funktionsweise  
PD Dr. Stephan Kux  
Wintersemester 1998/99  
Kolloquiumsbeitrag

# Die bilateralen Abkommen zwischen der EU und Israel

Boos Daniel  
März 1999

Boos Daniel  
Bahnhofstrasse 286  
CH-8623 Wetzikon  
e-Mail: [boos@trash.net](mailto:boos@trash.net)  
<http://www.trash.net/boos/studium/pol/Israel-EU.html>

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
2. Entstehung und Entwicklung der Beziehungen EU – Israel	4
3. Aktueller Stand der Beziehungen EU - Israel	6
3.1 Rahmenbedingungen - die Euromed Partnerschaft	6
3.2 Das Euromed Assoziierungsabkommen EU-Israel von 1995	6
3.3 Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit	8
3.4 Abkommen über die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und des öffentlichen Beschaffungswesen	9
4. Die Beziehungen Israel EU unter dem Aspekt des Neofunktionalismus	10
4.1 Strukturelle Bedingungen	11
4.2 Wahrnehmungsbedingungen	11
4.3 Integrationsmechanismen	11
5. Konklusion: Probleme und mögliche Weiterentwicklung der Integration	12
6. Literaturverzeichnis	14

## 1. Einleitung

Die EU ist der grösste und wichtigste Handelspartner Israels. Im Jahre 1993 exportierte Israel für 3420 Mio. Ecu in den EU Raum und importierte für 7572 Mio. Ecu aus dem EU Raum (EUROSTAT 1995:405). Das heisst ein Drittel der Exporte gehen und mehr als die Hälfte der Importe kommen aus der EU. Israel exportiert zwar mehr in die USA, importiert jedoch im Vergleich sehr wenig aus den USA. Israel ist demzufolge stark auf den Handelspartner EU angewiesen und bemüht sich demzufolge um gute Handelsbeziehungen. Eine enge wirtschaftliche Beziehung mit der EU liegt also im grossen Interesse Israels. Israel hat deshalb schon 1975 mit der damaligen EG eine Freihandelszone eingerichtet. Dieses Abkommen wurde 1995 erneuert und erweitert. Dazu sind noch zwei weitere Abkommen im Bereich wissenschaftlicher Zusammenarbeit und des öffentlichen Beschaffungswesen und der Telekommunikation. Ziel dieses Artikels ist eine Analyse der bilateralen Verhältnisse zwischen der EU und Israel. Die Integration soll aus einer neofunktionalistischen Perspektive betrachtet werden. Aus dieser Perspektive kann eine mögliche Weiterentwicklung der bilateralen Verhältnisse dargestellt werden. Der Text ist in drei Teile gegliedert. In einem ersten Teil (Kapitel 2 und 3) werden die Abkommen zwischen Israel und der EU aufgezeichnet. Dabei werden die aktuellen Abkommen seit 1995 speziell betrachtet. Im zweiten Teil werden dann die Beziehungen unter einer neofunktionalistischen Perspektive analysiert (Kapitel 4). Der dritte Teil enthält eine Konklusion und es soll dann darauf geschlossen werden, wie sich der Prozess weiterentwickeln könnte (Kapitel 5).

## **2. Entstehung und Entwicklung der Beziehungen EU - Israel**

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der heutigen EU und Israel haben im Jahre 1964 mit einem einfachen Kommerzabkommen begonnen (Greilsammer 1981:41). Im Jahre 1975 schloss die EG ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Israel ab. Kernpunkte des Abkommens war die Entfernung von Handelshemmnisse in der Form von Zöllen, Kontingenten und Tarifen zwischen der damaligen EG und Israel (Greilsammer 1981:103). Das Ziel war eine Freihandelszone zu errichten. Dabei wurden jedoch einige Einschränkungen im Sektor der Agrarwirtschaft beibehalten. Der Abbau der Handelshemmnissen sollte dabei graduell innert einigen Jahren erfolgen. Wobei Israel ein grösserer Zeitraum als der EG zur Implementierung des Abkommens zur Verfügung stand (Greilsammer 1981:104). Wichtig ist auch die von der EG geforderte Garantie, dass kein momentanes EG Mitglied oder zukünftiges neues Mitglied der EG, ein separates Spezialabkommen mit Israel hat und dieses Abkommen weitergehende Kooperation zwischen den beiden Staaten vorsieht, als die Abkommen zwischen den EG Mitgliedern selber. (Greilsammer 1981:106) Um die Kooperation zwischen der EG und Israel zu erhöhen wurde eine gemischte Kommission eingesetzt. Diese Kommission sollte sich regelmässig treffen und über die Implementation und den Weiterausbau des Abkommens tagen. Das Abkommen von 1975 war für circa 20 Jahre in Kraft. Einzige Ausnahme war im Jahre 1982 als Israel im Libanon intervenierte. Der Europäische Rat blockierte daraufhin das Abkommen. Dies war ein Versuch der EG durch wirtschaftliche Sanktionen Druck auf die Israelische Politik im Nahen Osten zu erwirken (ADL 1998). Am neunten jährlichen Treffen der gemischten Kommission EU-Israel (May 1991) versuchte Israel für ein neues Abkommen mit der EU zu lobbyieren. Das neue Abkommen soll den neu entstandenen Bedürfnissen Israels Rechnung tragen und bessere Konditionen für Israel versprechen (Laufer 1997:38). Weiter wurde durch die Entstehung eines Binnenmarktes in der EG ein Nachteil für Firmen aus Staaten ausserhalb der EG erwartet

(Hirsch 1995: 48). Obwohl das von Israel neue gewünschte Abkommen sich nur auf wirtschaftliche Fragen und nicht auf politische Fragen bezog, wurde der Wunsch der Israeli nach einem neuen Abkommen stark politisiert. Die Beziehungen zwischen der EU und Israel waren schon in den 70er und 80er Jahren gespannt. Hauptursache war die Israelische Vorgehensweise gegenüber den Palästinensern und der Siedlungsausbau in den besetzten Gebieten (Laufer 1997:38). Die EU zögerte anfänglich an einer Neuverhandlung des Abkommens von 1975. Israel sah ein, dass die EU ein Neuverhandlung nur dann in Betracht zog, wenn Israel politische Konzessionen gegenüber den Palästinensern einstehen und sich zu einer kooperativen Rolle in einem Friedensprozess bereit erklärten. Israel gab seine Opposition zu einer Friedenskonferenz unter der Beteiligung der EU auf und die EU erklärte sich für eine Neuverhandlung des Abkommens von 1975 bereit. (Laufer 1997:38) Dies führte zur Madrider Friedenskonferenz 1991 und zu einer aktiveren von Israel wohlwollend tolerierten Rolle der EU im Friedensprozess des Nahen Ostens. Die daraufhin gestarteten Neuverhandlungen fanden im Rahmen der EUROMED Partnerschaft der EU statt. Sie führten 1995 zum Euromed Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel (Delegation 1998b). Im Jahre 1996 wurde noch ein weiteres Abkommen im Rahmen der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit geschlossen. Im Jahre 1997 wurde das neueste Abkommen im Bereich der Telekommunikation und des öffentlichen Beschaffungswesen aufgrund eines WTO Abkommens im selben Sektor geschlossen (Delegation 1998b).

### **3. Aktueller Stand der Beziehungen EU - Israel**

#### **3.1 Rahmenbedingungen - die Euromed Partnerschaft**

Die an der Barcelona Konferenz im November 1995 gestartete Euro-Mittelmeer Partnerschaft (Euromed) zeigte ein klares geopolitisches und wirtschaftliches Szenario für die Mittelmeerregion in der EU Aussenpolitik. Diese Partnerschaft hat längerfristig zum Ziel die Mittelmeerregion sicherheitspolitisch zu stabilisieren, den Wohlstand zu erhöhen und auch die gegenseitige Verständigung zwischen den ansässigen Völkern zu verbessern. Als Instrument soll dabei eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit helfen, mit dem Ziel der Errichtung einer Freihandelszone im Jahr 2010. Die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte später auf weitere Bereiche ausgeweitet werden. An der Euromed Partnerschaft beteiligt sind Algerien, Ägypten, Israel, Tunesien, Türkei, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Palästinensische Exekutivbehörde und Zypern. Die EU vereinbarte mit diesen Staaten Assoziierungsabkommen zu schliessen. Ziel ist dabei nicht nur Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den einzelnen Mittelmeerstaaten. Dies würde nur eine Nord-Süd Integration ermöglichen. Auch die einzelnen Mittelmeerstaaten sollten ermuntert werden gegenseitige Handelsabkommen zu schliessen und die Süd-Süd Integration sollte über den gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch unter den Mittelmeerstaaten selber verstärkt werden. Die EU erklärte sich auch bereit die Herkunftsregeln von Gütern aus mehreren Mittelmeerstaaten zu flexibilisieren, falls diese gegenseitige Abkommen vereinbarten (Delegation 1998b, Euromed 1998, Laufer 1997:42).

#### **3.2 Das Euromed Assoziierungsabkommen EU-Israel von 1995**

Israel gehört der Euromed Partnerschaft an, nimmt jedoch eine gesonderte Stellung ein. Diese gesonderte Stellung ist einerseits auf das schon seit 1975 bestehende EG-Israel Wirtschafts- und Kooperationsabkommen zurückzuführen und andererseits auf die

Bestärkung der EU am Europäischen Konzil von Essen im Jahre 1994 eine privilegierte Partnerschaft zwischen Israel und der EU einzugehen. Israel und die EU verhandelten darauf folgend im Jahre 1995 ein neues Assoziierungsabkommen. Das Abkommen ersetzt und erneuert das im Jahre 1975 geschlossene EG-Israel Wirtschafts- und Kooperationsabkommen. Das Abkommen wurde nun im Rahmen der Euromed Partnerschaft verhandelt. Dieses Assoziierungsabkommen ist im wesentlichen ein Abkommen das die ökonomische Zusammenarbeit, aber auch die politische Kooperation verstärken sollte. Starke Bedeutung wird auf Frieden, Sicherheit und regionale Kooperation gelegt. Wichtig ist dabei beidseitig anerkannte Notwendigkeit zur Förderung der Stabilität und Prosperität der Mittelmeerregion und der Förderung der gegenseitigen Verständigung und Toleranz zwischen Israel und dessen Nachbarstaaten. Dies impliziert, dass Israel mit der Unterstützung der EU sich bereit erklärt Frieden mit seinen Nachbarstaaten zu schliessen und dabei auch einige Eingeständnisse an diese machen muss. Ein regelmässiger politischer Kontakt soll auf der Ministerebene zwischen der EU und Israel stattfinden. Auch ein Austausch auf der parlamentarischen Ebene zwischen dem Europäischen Parlament und dem Knesset wird geregelt. Im wesentlichen bestätigt das Abkommen die Existenz einer freien Handelszone in Bezug auf Industriegüter. Die Regeln und Praktiken der Handhabung wurden flexibilisiert. Die abgemachten Konzessionen werden im Jahre 2000 noch einmal überprüft. Weiter enthält das Abkommen Abmachungen über weitere Verhandlungsschritte und es herrscht ein Konsens, dass eine weitere Integration in Betracht gezogen werden muss. So soll das Recht auf die freie Etablierung von ausländischen Firmen liberalisiert werden. Auch eine Liberalisierung der Kapitalbewegungen soll möglichst bald erreicht werden. Grössere gegenseitige Transparenz bei der staatlichen Unterstützung von Firmen und staatlichen Monopolen wird gefordert. Weitere hauptsächlich ökonomische Kooperation ist in den Bereichen mit gleichen Interessen geplant. Gebiete mit gleichen Interessen sind unter

anderem:, Industrie, Agrikultur, Telekommunikation, Finanzdienste, Transport, Tourismus und die regionale Kooperation. Industriestandards sollen in Zukunft gegenseitig akzeptiert werden und die Rechtssprechung soll angepasst werden. Zusammenarbeit in der Umweltpolitik, Energiepolitik, ein gemeinsames Vorgehen gegen Drogen, Bekämpfung der Geldwäscherei und bei Migrationspolitik soll gefördert werden. In kultureller Hinsicht soll der Austausch von Jugendlichen und Studenten stattfinden. Weiter sollen Koproduktionen in den Medien gefördert werden und dadurch länderübergreifende Kooperationen entstehen. Ein Assoziationskomitee und ein Assoziationskonzil wurden eingesetzt. Beide mit dem Auftrag die Implementierung des Abkommens zu überwachen und weitere Integrationsschritte vorzubereiten. Im Rahmen der Euromed sind auch Bestrebungen der Förderung der Kooperation von Israel mit Drittstaaten in der Region im Gange. Es sollen gemeinsame Richtlinien in der Vorgehensweise gegenüber Mittelmeerstaaten definiert werden und beide Parteien fördern Initiativen, die die Kooperation zwischen Israel und einerseits den Mittelmeerstaaten und andererseits der Palästinensischen Exekutivbehörde verstärken. Hier tritt eine grosse Problematik ein. Die EU und Israel haben unterschiedliche Interessen in Bezug auf die Gebiete der Westbank und Gaza. Israel und die EU haben unterschiedliche Auffassungen über die Kompetenzen und Zukunft der Palästinensischen Exekutivbehörde. So besteht im Moment ein Interpretationsdifferenz des Assoziierungsabkommens im Bereich der Herkunftsregeln von Gütern aus den Autonomie- und Siedlungsgebieten. Diese heiklen Themenpunkte werden deshalb nur sehr sachte angegangen. Durch die verstärkte Zusammenarbeit, die durch dieses Assoziierungsabkommen entstanden ist, wurden noch zwei weitere Abkommen zwischen der EU und Israel geschlossen. Einerseits ein Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Kooperation zwischen der EU und Israel und andererseits ein Abkommen

über die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und des öffentlichen Beschaffungswesen (Delegation 1998a).

### **3.3 Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit**

Das Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Kooperation wurde 1996 eingesetzt und ermöglicht Israel die Teilnahme am Vierten Rahmenprogramm der europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration. Das Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit ist in seiner Art im Moment einzigartig für die EU. Kein anderes Nicht-EU-Mitglied ist die Teilnahme an diesen Rahmenprogrammen bis dahin ermöglicht worden. Israelische Wissenschaftler können an allen Programmen des vierten Rahmenprogramms mit Ausnahme der nuklearen Programme teilnehmen. Im Gegenzug können EU-Forscher an Israelischen Forschungsprojekten teilnehmen. Weiter wird ein neues EU-Israel Forschungskomitee erstellt, dessen Funktion die regelmässige Diskussion und die Orientierung über die Prioritäten der Forschungsschwerpunkte in Israel und der Europäischen Gemeinschaft ist. Dadurch soll auch die Kooperation weiter gefördert werden. Israelische Repräsentanten können zudem bei den Komitees des vierten Rahmenprogrammes teilnehmen, jedoch ohne Wahlrecht. Bei gemeinsamen Projekten können die israelischen Mitarbeiter zwar die Wissenschaftliche Koordination übernehmen, die finanzielle Koordination muss jedoch von einem europäischen Partner übernommen werden. Zudem sind beide Partner des regelmässigen gegenseitigen Informationssaustausch über die Implementation und die Ergebnisse von Forschungen verpflichtet. Das Abkommen kann erneuert werden falls die EU ein neues Rahmenprogramm startet. Dies ist mit dem fünften Rahmenprogramm geschehen und das Abkommen wurde sogleich im März 1999 daraufhin erweitert (Delegation 1998a).

### **3.4 Abkommen über die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und des öffentlichen Beschaffungswesen**

Dieses Abkommen wurde aufgrund eines WTO Abkommens (Gouvernement Procurement Agreement (GPA) im selben Bereich geschlossen. Das Abkommen zwischen der EU und Israel geht jedoch weiter als von der WTO gefordert. So soll die von der WTO geförderte Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesen noch weiter getrieben werden. Unter anderem wären dies das öffentliche Transportwesen und die medizinische Versorgung (Delegation 1998a).

Auch wurde zugleich eine gegenseitige Vereinbarung über die gegenseitige Öffnung des Telekommunikationsmarktes vereinbart (Delegation 1998a). Dies bedeutet, dass Telekommunikationsanbietern aus der EU und Israel einen vollen Zugriff auf die gegenseitigen Märkte haben sollten und nicht durch Schutzklauseln eigene Anbieter gegenüber Anbietern des Vertragspartners bevorzugt werden.

### **4. Die Beziehungen EU-Israel unter dem Aspekt des Neofunktionalismus**

Es sollen die einzelnen Bedingungen die nach dem Neo-Funktionalismus zu einer weiteren Integration oder des Dysintegration zwischen der EU und Israel führen könnten, dargestellt werden. Grundsätzlich stellen sich jedoch einige Problem. Die EU ist selber schon ein Produkt eines sich noch wandelnden Integrationsprozesses. So verhandelte Israel im Jahre 1975 noch mit der EG, die damals aus sechs Staaten bestand und im 1995 mit der mehr Staaten umfassenden und mit grösseren Kompetenzen ausgestatteten EU. Seit 1992 ist die EG zudem ein Binnenmarkt und mit der Einführung des Euros eine Wirtschafts- und Währungsunion.

#### **4.1 Strukturelle Bedingungen**

Zu den strukturellen Bedingungen gehört die Symmetrie der Verhandlungspartner auf ökonomischem Gebiet, eine teilweise Übereinstimmung der gesellschaftlichen Werte, eine pluralistische Gesellschaftsordnung und die Fähigkeit auf die Bedürfnisse des Handelspartners eingehen zu können (Kux 1998:VII/1). Sind diese Bedingungen gegeben, so ist es wahrscheinlicher, dass sich die beiden Verhandlungspartner über eine Zusammenarbeit einig werden. Betrachten wir nun die EU und Israel aufgrund des Bruttosozialproduktes pro Person, so unterscheiden sich die Werte nicht allzustark. Israel hat ein Bruttosozialprodukt pro Kopf in der Höhe von 11742 Ecu und der Durchschnitt der EU Mitglieder liegt bei 15944 Ecu (EUROSTAT 1995: 404). Die Werte beziehen sich auf das Jahre 1993, wobei gerade in der EU grössere Unterschiede bestehen. Seit Israel sich zu einem Friedensprozess bereit erklärt hat, wird wieder vermehrt die gleiche Wertehaltung thematisiert. Beide sind sich darüber einig, dass eine stabile und prosperierende Mittelmeerregion angestrebt werden muss. Beide sind an den gegenseitigen Märkten und an den Märkten der Mittelmeerregion interessiert. Zudem zeigt sich eine Übereinstimmung bei den wirtschaftspolitischen Eliten, diese sind an einem regen wirtschaftlichen Kontakt zwischen der EU und Israel durchaus interessiert. Verschiedene Interessenverbände in der Wirtschaft sind an den gegenseitigen Märkten interessiert und dort auch vertreten. Die EU sieht die Notwendigkeit für Israel enge Handelsbeziehungen mit der EU zu haben. Die EU ist nämlich für Israel der wichtigste Markt. Im Gegenzug sieht Israel das Bedürfniss der EU nach einer stabilen und prosperierenden an die EU angrenzende Mittelmeerregion. Diese Bedürfnisse werden von beiden durchaus berücksichtigt. Die Integrationsfähigkeit zwischen der EU und Israel ist aufgrund dieser strukturellen Bedingungen gross.

## 4.2 Wahrnehmungsbedingungen

Diese Bedingungen werden durch die Vorstellung geprägt, dass Vorteile für den Einzelnen durch die Integration entstehen und er deshalb daraus einen Gewinn ziehen kann. Auch sollten die entstandenen Vor- und Nachteile für beide Vertragspartner gleich sein und die Kosten, die der Einzelne für die Integration zu tragen hat ,tief (Kux 1998: VII/1) . Da die EU für Israel der grösste Handelspartner ist, ist eine wirtschaftliche Kooperation mit diesem von grossem Vorteil. Auch verbessert sich für Israel die Position im internationalen System, wenn sie ein wirtschaftliches Abkommen mit der EU hat. Die EU erhofft sich dadurch eine Stabilisierung des Mittelmeerregion. Die Kosten beschränken sich zudem im Moment nur auf den Abbau von Handelshemmnissen.

Eine spezielle Situation besteht bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Hier entstehen für beide Vertragsparteien Vorteile. Für Israel ist es wichtig an der Forschung teilzunehmen und für die EU ist eine Mitarbeit vor allem deshalb interessant, da Israel über hochentwickelte Universitäten verfügt. Auch wird durch die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Sektor die Position der EU und Israels im internationalen System gestärkt.

## 4.3. Integrationsmechanismen

Eine durch ein Abkommen in Gang gesetzter Integrationsmechanismus hat Auswirkungen auf die weitere Zusammenarbeit der Partner. So kann dadurch die Forderung nach mehr Integration oder nach weniger Integration entstehen. Beim Assoziierungsabkommen von 1995 wird explizit wert auf eine weitere Integration gelegt. So wurden Abmachungen getroffen, über weitere noch nicht behandelte Gebiete zu verhandeln und damit die Zusammenarbeit auszudehnen. Dabei soll über die Funktion, das heisst sektoraler wirtschaftsabkommen Abkommen, eine mehrere, sektoren übergreifende Partnerschaft entstehen. Wichtig ist dabei die Ausdehnung auf nicht nur

wirtschaftliche Themen. So wurde im Jahre 1997 ein weiteres Abkommen im Bereich der Telekommunikation und des öffentlichen Beschaffungswesen gemacht. Dies ist ein Spill Over in einen weiteren neuen Bereiche. Als Spill Over kann auch das Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit betrachtet werden. Diese verstärkte Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich führte auch zu einer engeren Verknüpfung von Forschungsprojekten. Diese wiederum könnten eine noch vertiefendere Zusammenarbeit erfordern. Der Integrationsprozess zwischen der EU und Israel wurde zudem stark von externen Faktoren geprägt. Hier gilt vor allem die Nahostpolitik der EU und Israel, die zeitweise stark divergierten. Divergierten diese zu stark, nahm auch das bestreben nach mehr Integration ab. Im Jahre 1982, bei der Intervention Israels in den Libanon wurde das Abkommen von 1975 sogar blockiert. In den 90er Jahren wurde dann eine weitere Integration von der Nahostpolitik Israels abhängig gemacht. Waren die politischen Differenzen jedoch überwunden, so kam es zu einer verstärkten Integration. Einen positiven Effekt auf die Integration hat zudem auch die Bildung der jüdischen und israelischen Lobby CEJI (The European Jewish Center of Information) im Jahre 1990. Jüdische Vertreter aus Europa und Israelische Vertreter versuchen über diese Lobby Einfluss auf den Entscheidungsprozess der EU zu nehmen. Wichtig ist dabei die hohe Priorität die denn Verhältnissen zwischen Israel und der EU zugeordnet werden. Die Jüdischen Vertreter aus Europa sehen nämlich gerade in der Unterstützung eines Israelischen Staates eine Möglichkeit ihre Interessen zu verwirklichen (Laufer 1997:26).

##### **5. Konklusion: Probleme und mögliche Weiterentwicklung der Integration**

Betrachten wir das Assoziierungsabkommen von 1995, so kann dieses als ein Abkommen zwischen einem Binnenmarkt (EG) und einem Nichtmitgliedstaates dieses Binnemarktes betrachtet werden. Die Mitgliedsstaaten der EU haben dabei nicht die Möglichkeit einzelne Sonderabkommen mit Israel zu schliessen. Dies verhindert eine Umgehung des

Binnenmarktes durch Israel. Das Abkommen wird von den gemeinsamen Institutionen der EU mit dem Nichtmitglied geschlossen. Da es sich um Aussenbeziehungen für die EU handelt, werden sie vom Europäischen Rat in Kraft gesetzt. Da es sich hauptsächlich um ein wirtschaftliches Abkommen handelt, werden auch nur wenige gemeinsame Institutionen erstellt, die die Einhaltung des Abkommens kontrollieren. Es wurde bei diesem Abkommen vor allem die negative Integration geregelt. Es gibt zwar Ansätze positiver Integration in Form am Beispiel der geplanten Zusammenarbeit in der Umweltpolitik und der Angleichung der Rechtsprechung. Hier bestehen jedoch erst Ansätze und noch keine konkreten Verhandlungsergebnisse. Auch entstehen grössere Schwierigkeiten bei der Konsensfindung. Vor allem in Gebieten die die Sicherheitspolitik und die Integration der Palästinensischen Exekutivbehörde betreffen.

Als Ausnahme könnte hierbei teilweise das Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit gelten. So verfügen die Rahmenprogramme der EU über ein gemeinsames Budget mit Israel und Israelische Vertreter können an den Gremien . Israelische Vertreter haben jedoch keine Mitbestimmungen bei deren Finanzierung (Delegation 1998a).

Ein Hindernis für den Integrationsprozess ist oftmals der Nahostkonflikt (Laufer 1997:38, ADL 1998). So macht die EU Konzessionen indirekt vom Fortschritt des Friedensprozesses abhängig. Israel reagiert zudem empfindlich, wenn die EU Abkommen mit der Palästinensischen Exekutivebehörde schliesst. Hier besteht auch eine Interpretationsdifferenz des bestehenden Assoziierungsabkommens. Die EU betrachtet Siedlungsgebiete in der Westbank und die Westbank und den Gaza-Streifen als nicht zu Israel gehörig. Produkte aus diesen Gebieten unterstehen also nicht dem Euromed Abkommen von 1995. Israel hat aber einige Produkte aus diesen besetzten Gebieten als Produkte aus Israel deklariert und wollte diese deshalb unter dem bestehenden Abkommen in die EU exportieren. Die EU jedoch fordert, dass diese Produkte nicht als

israelische Produkte deklariert werden. Diese Produkte sind nach der EU den Regelungen zwischen der Palästinensischen Exekutivebehörde und der EU unterstellt. Weiter sind Untersuchungen gegen Israel im Gange. Es wird vermutet, dass Israel absichtlich Exporte der Palästinensischen Exekutivebehörde in die EU verhindert oder blockiert. Was von der Seite der EU nicht akzeptiert wird, dass die EU einerseits Handelsbeziehungen mit der Palästinensischen Exekutivebehörde hat und andererseits starke Entwicklungshilfe an diese bezahlt (Delegation 1998b).

Die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Israel und der EU wird oftmals folgendermassen formuliert: "partnership yes - membership no" (Laufer 1997:43). Dies zeigt sich vor allem in der schnelleren Einigung in Sachbereichen, die vom Nahostfriedensprozess abgetrennt behandelt werden können. Dieses kann sich jedoch ändern. Sobald eine von allen Seiten akzeptierte Regelung zwischen Israel und der Palästinensischen Exekutivbehörde in Kraft tritt und diese auch die heiklen Sachthemen zwischen diesen beiden politischen Einheiten regelt, könnte auch die nicht nur auf wenige Bereiche beschränkte Integration zwischen Israel und der EU verstärkt werden. Einige Optimisten sehen sogar in der Euromed Partnerschaft die Möglichkeit einer Vereinigung der Nationen des Nahen Osten (Laufer 1997:43).

## 6. Literaturverzeichnis

ADL, Anti-Defamation League (1998). *The Europe-Israel Alliance: Where Politics and Economics do not meet*. [http://www.adl.org/frames/front\\_inter\\_eu.html](http://www.adl.org/frames/front_inter_eu.html)

DELEGATION of the European Commission to the State of Israel (1998a). *EU-Israel Agreements*. [http://www.eu-del.org.il/code/2\\_f.html](http://www.eu-del.org.il/code/2_f.html)

DELEGATION of the European Commission to the State of Israel (1998b).

*Implementation Of The Interim Agreement On Trade And Trade-related Matters Between The European Community And Israel*. <http://www.eu->

del.org.il/code/comm\_index.html EUROMED (1998). *Euromed Internet Forum*.

<http://www.euromed.net>

EUROSTAT (1995). *Europa in Zahlen*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

GREILSAMMER, Ilias (1981). *Israel et Europe*. Lausanne: Fondation Jean Monnet pour l'Europe et Centre de recherches européennes

HIRSCH Seev, TAMAR Almor (1995). „Effect of Europe 1992 on Outsider Firms: The Case of Israel“, in Ephraim AHIRAM and Alfred TOVIAS (eds.). *Whither EU-Israeli Relations. Common and Divergent Interests*. Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, pp. 47-62

KUX, Stephan (1998). *Kursreader: Europäische Integration in Theorie und Praxis Teil I*.

LAUFER, Yehuda Leopold (1997). „The European Union and Israel: A Political and Institutional Appraisal“, *Davis Papers on Israel's Foreign Policy* (54). The Leonard Davis Institute for International Relations, The Hebrew University of Jerusalem